

17. Jahrestag der Atomreaktorkatastrophe von

Tschernobyl

Am 26. April 1986 kam es in Tschernobyl zum Supergau. 31 Arbeiter starben unmittelbar an den Folgen der tödlichen Strahlung, weitere 65 Belegschaftsmitglieder des Atomkraftwerkes Tschernobyl allein von 1986 bis 1989. Von den 800000 Zivilisten und Soldaten, die für Folgearbeiten eingesetzt wurden, sind nach amtlichen Angaben des



Gesundheitsministeriums in Kiew bereits 10000 allein in der Ukraine gestorben. Nach offiziellen Angaben der ukrainischen Regierung starben mindestens 125000 Menschen an den Folgen des Reaktorunfalles.

Von der Gesamtfläche Weißrußlands sind immer noch 50% radioaktiv verseucht. Darin leben 2 der 10 Millionen Weißrussen. Über 400000 Menschen wurden aus den für Jahrhunderte verseuchten Gebieten um den Todesreaktor umgesiedelt. Obwohl in den radioaktiv verseuchten Gebieten

Landwirtschaft ohne gesundheitsschädliche Auswirkungen unmöglich ist, wird sie weiterhin betrieben, leben dort Menschen. Eine geheime Anordnung, die erst später veröffentlicht wurde, Verbot bis 1990 den Ärzten ihre Diagnosen mit Radioaktivität in Verbindung zu bringen.

„Bei den Kindern haben die Fälle von Schilddrüsenkrebs seit der Katastrophe um ein 50-faches zugenommen, auch andere Krebserkrankungen steigen von Jahr zu Jahr an“, sagte Prof. Nesterenko, der Direktor des unabhängigen Institutes für Strahlensicherheit in Minsk, in einem Gespräch in Hannover. (Ludwigsburger Kreiszeitung vom März 98)

und der unendliche Weiterbetrieb der bundesdeutschen

Atomkraftwerke



- Vor 17 Jahren zog die tödliche Atomwolke über Europa hinweg. In der Bundesrepublik erzeugen immer noch 19 Reaktoren jeden Tag Atomstrom und hochradioaktiven Abfall.

- Atomausstieg - war da mal was?

- Ja wann kommt er denn, und warum ist immer noch kein Atomkraftwerk stillgelegt?

Kein Abschalten, kein Stilllegen:

Das Märchen vom Atomausstieg

Aufgrund des von der rot/grünen Bundesregierung mit den Energiekonzernen vereinbarten „Atomausstieges“ wurde noch kein einziges Atomkraftwerk stillgelegt. Eigentlich, so war einmal vereinbart, sollte das AKW Obrigheim als das Älteste noch laufende AKW zum 31.12.2002 vom Netz gehen. Doch auch daraus wurde nichts - auf später verschoben. Ja, was wurde denn nun eigentlich in diesem „Ausstieg“ vereinbart?

Laufzeiten der Atomkraftwerke:

Für jedes AKW wurde eine theoretische „Restlaufzeit“ von 35 Jahren vereinbart. Es gibt jedoch für keinen Reaktor ein Abschaltdatum, wann wirklich Schluß sein soll.

Strommengen:

Grundlage für die Berechnung der „Reststrommengen“ ist für jedes AKW die höchste Jahresproduktion der Jahre 1990 bis 1999. Darauf kommt nochmal ein 5%-iger Zuschlag. Konkret bedeuten diese „Reststrommengen“ eine nochmalige Verdoppelung der bisherigen Atomstromproduktion und somit auch eine nochmalige Verdoppelung der bisherigen hochradioaktiven Atommüllmenge. Die Atomkraftwerksbetreiber dürfen zudem Strommengen von einem Atomkraftwerk auf das andere übertragen.



„Wiederaufarbeitung“ und Zwischenlager:

Die bisherige „Entsorgung“ des hochradioaktiven Abfalles bestand in Transporten in die Plutoniumfabriken nach Sellafield in England und nach La Hague in Frankreich. Bis Juli 2005 kann dies so weitergehen, dann sollen an den AKW-Standorten die „Zwischenlager“ für mindestens 40 Jahre den noch tausende von Generationen strahlenden Atommüll aufnehmen.

Endlager:

Statt die Atomkraftwerke wegen der ungeklärten Endlagerfrage abzuschalten, hat rot/grün einen Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte eingerichtet. Dieser soll nun den ungestörten Weiterbetrieb sichern, indem eine Entscheidung über ein zukünftiges „Endlager“ bis zum Jahr 2030 vertagt wird. Dabei ist heute schon klar, daß es ein für Jahrtausende sicheres „Endlager“ nie geben kann.



Dieser „Atomausstieg“ ist in Wirklichkeit eine Mogelpackung, indem die technisch möglichen Laufzeiten der Atomkraftwerke als solcher in der Öffentlichkeit verkauft werden. 17 Jahre nach Tschernobyl soll der Ausstieg in Deutschland nochmal länger als wie 17 Jahre dauern, bis zum Abschalten der heutigen AKW's. Dabei sind die technischen Möglichkeiten für eine andere Stromproduktion längst vorhanden, sie müssen jedoch gegen den Willen der heutigen Energiekonzerne durchgesetzt werden.

Kontakt:

Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim

c/o Demokratisches Zentrum (DemoZ), Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg
Bürozeiten: mittwochs, ab 20.00 Uhr

Spenden: DemoZ, VoBa LB (BLZ 604 901 50), Kto. 244 740 011, „Anti-AKW“

Info-Tel & AB: 07141 / 90 33 63

<http://neckarwestheim.antiatom.de>

Kein CASTOR

